Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Nach Redactionsschluß.

In dem Befinden Ihrer Majestät der Königin ist erfreulicher Weise eine sicherfreie Besserung eingetreten. Auch in dem Befinden Sr. Kgl. Hoh. des Prinzen Albert, welcher an einer leichten Halsentzündung erkrankt war, zeigt sich nichts Besorgnißerregendes. Se. Kgl. Majestät hat sich heute mit Sr. Kgl. Hoh. Prinz Georg auf Auer Revier, einer Einladung des Prinzen von Altenburg folgend, zur Jagd begeben.

Königliche Hofbuchhandlung von Hermann Burdach (Warnatz & Lehmann) Schloßstraße 18, gegenüber dem K. Schloss. Weihnachts-Ausstellung. Cataloge gratis u. franco.

Erschienen bei G. H. Rehfeld & Sohn, Hauptstraße 24, Geschäftstaschenbuch für 1886. Practische Taschen-Agenda, Schreibkalender und Ausgabe-Notizbuch Preis 1 Mark.

Julius Mähler Dresden Wilsdrufferstr. 26. Feine Leder- und Metallwaaren Album, Fächer Schmucksachen Größte Auswahl in allen Preislagen.

Gardinen, Spezialität: Engl. Tüll, passende Weihnachtsgeschenke, hochelegante und einfache praktische Muster in grosser Auswahl billigst vorräthig in der Fabrikniederlage Johannesallee 1, Ecke der Marienstraße.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Anzüge genau nach Maaß. Tricot-Stoffe Meter von 12 Mark an Jean Schieme Nachf., Neust. Rathhaus.

Nr. 346. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl.

Aussichten für den 12. December: Veränderlicher Wind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung, ohne wesentliche Niederschläge. Temperatur während der größten Zeit unter Null.

Dresden, 1885. **Sonnabend, 12. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Man treibt im Reichstag jetzt hauptsächlich Zukunftspolitik. Wie wird's in der nächsten Zeit aussehen? Wird Bismarck im Stande sein, eine seiner Führung willig folgende Mehrheit im Reichstage um sich zu sammeln? Dazu müßte eine Auflösung des jetzigen Reichstags vorangehen, in welchem ja die ihm unbedingt gegnerischen Parteien die Mehrheit haben. Es ist jedoch sehr fraglich, ob Neuwahlen ein dem Fürsten Bismarck günstigeres Ergebniß zeitigen würden — es müßte denn dem Kanzler vorher auf irgend einem Gebiete ein glänzender Erfolg gelingen oder wenn seine Gegner sich durch verbitterte Opposition in einer Frage der nationalen Größe unbeliebt machten. Im vorigen Jahre hatte der bornirte Widerstand der Fortschrittspartei gegen die Kolonialpolitik ihre Niederlagen verschuldet, aber die Zahl der Anhänger der Reichsregierung stieg bei den Wahlen nicht so, daß Bismarck auf die Unterstützung des Centrums verzichten könnte. Die Deutschfreisinnigen beobachten auf diesem Reichstage eine auffällige Zurückhaltung, um sich nicht wiederum so vor dem Volke bloszustellen. Es fehlt also zur Zeit dem Kanzler ein Ereigniß oder ein Vorwand, um zur Auflösung des Reichstags zu schreiten und unter einem neuen volksthümlichen Feldgeschrei die Wähler an die Urne zu rufen. Gleichwohl richten sich alle Parteien darauf ein — kann doch jeden Tag ein solches Ereigniß eintreten! Es kann daher nicht befremden, daß das Centrum sich mit großer Energie dem Antrage auf Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstags von 3 auf 5 Jahre widersetzte. Einem Staatsmanne, wie Windthorst, entgehen die Schattenseiten des allgemeinen Stimmrechts nicht. Er leugnete nicht, daß dasselbe unter Umständen dem monarchischen Prinzip gefährlich werden könne. Aber trotzdem lehnte er es entschieden ab, die Gefahren dieser Wahlagitation seltner eintreten zu lassen. Früher habe er freilich selbst die Dauer der Reichstage auf 4 Jahre verlangt, aber Das sei unter anderen Verhältnissen geschehen. Gegenwärtig lebe man unter anormalen Verhältnissen, der Reichstag stehe der Diktatur eines einzelnen Mannes gegenüber und wenn man Maßregeln unterstütze, die zur Verstärkung der Diktatur dieses Mannes führten, so sei Das der reine Selbstmord. Wie die Titanen im Kampfe mit der Götterwelt, wenn sie vom Kampfe ermattet waren, durch Berührung mit der Erde sich neue Kraft sammelten, so müsse der Reichstag, wenn er die Diktatur bekämpft habe, häufig wieder zum Volke zurückkehren, um mit neuen Kräften den Kampf aufs Neue zu beginnen. In diesen Worten liegt der Schwerpunkt der ganzen Reichstagsverhandlung. Die Gegner der Verlängerung der Reichstagsdauer weigern sich entschieden, um sich selbst frisch und ungebrochen zu erhalten, hierauf einzugehen, obwohl sie nicht blind sind gegen die Gefahren des häufigen Wählens. Herr Bebel rühmt natürlich den häufigen Gebrauch der allgemeinen Wahlen; er sprach es offenherzig aus, die Sozialdemokratie sei agitationsbedürftig. Auch vor Conventsgelüsten schreckte er nicht: der Reichstag ein Convent — das wäre so sein Geschmack und da er am Donnerstag überhaupt aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, so erklärte er, daß er sein Mandat für ein imperatives halte, obwohl diese Auffassung schnurstracks der Reichsverfassung zuwider ist. In dieses Kapitel der Selbstbekenntnisse schlägt auch ein, daß Bebel sich immer mehr auf den Standpunkt des Einheitsstaats stellt. Das allgemeine Stimmrecht habe sich innerhalb der Sozialdemokratie als das beste Mittel gegen den Partikularismus erwiesen. Der Antrag v. Helldorf wird, wie nicht mehr zu bezweifeln, abgelehnt werden; wir halten seine Einbringung selbst für einen Fehler. So berechtigt sein Inhalt ist, so unzweckmäßig war es, gerade jetzt mit dieser Forderung herauszutreten. Verfassungsveränderungen vorzuschlagen, ist überhaupt ein Werk, zu dem man sich nur äußerst selten entschließen sollte. Das Grundgesetz eines Staates oder Reiches sollte nur in Nothfällen einer Abänderung unterworfen werden.

Die Ankündigung, daß ein Branntwein-Verkaufsmonopol im Anzuge sei, macht die dadurch bedrohten Kreise mobil. Die amtlichen Zwangsschreiber beginnen daher abzuwiegeln, um das Publikum einzuschläfern. Bald erklärt man die darüber umlautenden Notizen für verfrüht, bald versichert man, es liefen irrthümliche Meldungen über die Absichten Preußens umher. Es ist unmöglich festzustellen, wie die Sache eigentlich jetzt steht. Nur soviel ergiebt sich, daß der Widerstand der drei süddeutschen Staaten gegen das Branntwein-Verkaufs-Monopol nicht überwunden ist. Diese besitzen als ein verfassungsmäßig verbürgtes Reservatrecht die eigene Gesetzgebung über die Spiritusbesteuerung. Die größeren norddeutschen Staaten sollen von Preußen für den Plan gewonnen sein, den kleineren habe es, wie es heißt, von den Einzelheiten noch keine Kenntniß gegeben. Von der Reform der Zuckersteuer verlautet glaubwürdig, daß man eine Steuererhöhung von 20 Pf. in Aussicht nimmt, im ersten Jahre jedoch nur 10 Pf., die Ausfuhrvergütung soll niedriger als bisher bemessen, jedoch Vorkehrungen getroffen werden, um solchen Fabrikaten, bei denen ein stark zuckerhaltiger Stoff verwandt ist, wie Bonbons ꝛc., bei der Ausfuhr eine Vergütung zu gewähren.

Von auswärtigen Ereignissen ziehen die Verhandlungen der Tonkin-Kommission um deswillen die Aufmerksamkeit auf sich, weil die Entscheidung über die Räumung Tonkins mit der Wahl des Präsidenten der Republik eng verknüpft ist. Das jetzige Ministerium Brisson verlangt, daß die Tonkinfrage vor der Präsidentenwahl zu erfolgen habe. Erhält es nämlich dabei ein Vertrauensvotum, so ist Grevy, dessen Wiederwahl als Präsident der Republik ja im Uebrigen unzweifelhaft ist, gezwungen, Brisson abermals mit der Bildung des Ministeriums zu betrauen. Aus demselben Grunde aber verschleppen die Radikalen, welche an Stelle Brissons ans Ruder kommen wollen, die Entscheidung über die Räumung Tonkins. Sie möchten am liebsten die Präsidentenwahl vor Weihnachten vornehmen, um nachher Brisson zu stürzen. Die Kommission, in der sie die Mehrheit besitzen, hält stundenlange Berathungen, läßt sich ausführliche diplomatische Korrespondenzen vorlesen und will das Verhören von Zeugen aufnehmen. Der famose Oberst Herbinger, der Gewohnheitstrinker, dessen Rausch die schimpfliche Niederlage in Tonkin verschuldete, wird zwar demnächst in Frankreich landen, aber man sieht von seinem Verhöre ab, da aus allen Berichten hervorgeht, daß derselbe wirklich sofort nach Uebernahme seines Kommandos eine hochgradige Aufgeregtheit bekundet hat. Neuerdings scheint es, als ob sich die Volksmeinung auch der Franzosen nicht mehr für die Räumung Tonkins so erhitzt. Selbst die Radikalen sind nicht mehr gegen die Kolonialpolitik überhaupt, sondern nur gegen eine kriegerische Kolonialpolitik; sie verlangen nur eine ehrenhafte und rasche „Liquidation" der Tonkin- und der Madagaskar-Unternehmungen. Für Deutschland ist es wichtig, in wie weit Frankreich in überseeischen Unternehmungen engagirt bleibt. Man braucht nicht zu sagen, warum?

Die Neuwahlen in Großbritannien sind beendet; darnach zählt das künftige Unterhaus 333 Liberale, 251 Konservative und 86 Parnelliten. Es hat sich herausgestellt, daß die vielgerühmte Erweiterung des Wahlrechts, diese „Großthat" der Liberalen, von der ihr Urheber Gladstone prahlerisch prophezeite, sie würde für immer die Konservativen regierungsunfähig machen, nicht diesen, sondern weit mehr den Liberalen Abbruch gethan, vor Allem aber den Irländern, den Anhängern Parnell's die Leiter zur Größe gehalten hat. Die Konservativen kommen ins neue Parlament, das 33 Sitze mehr als früher zählt, um 5 Mann stärker zurück, die Liberalen erscheinen um 11 Sitze geschwächt und die Parnelliten sind von 49 auf 86 Mitglieder vermehrt worden. Um die Gunst Parnell's werben sowohl Tories wie Whiggs, jede Partei möchte das irische Zünglein der Wage auf ihre Seite ziehen und die Pall Mall Gazette ist krämerisch frech genug, auszurufen: die 86 Stimmen Parnell's sind des Kaufes werth und die Liberalen sind allein im Stande, den Preis dafür zu zahlen. Der englische Wortwitz hat bereits wegen der ausschlaggebenden Stellung Parnell's das Parlament als „Parnellment" getauft. Zu vermeiden wäre das Uebergewicht Parnell's, so bald die Liberalen das Ministerium Lord Salisbury's am Ruder belassen. Dahin neigt sich die Volksstimmung. Gladstone erklärte: man müsse es schonen, sogar die Radikalen wollen Salisbury unterstützen und sie werden seiner Amtirung keine Hindernisse bereiten. Salisbury rechnet ganz bestimmt auf fernere Amtirung, er hofft einen Theil der Liberalen in sein Lager herüberzuziehen. Uns interessiren diese Dinge deshalb, weil sich die Anzeichen mehren, daß jetzt, wo Salisbury Aussicht hat, am Ruder zu bleiben, er eine weniger friedensstörerische Politik auf dem Balkan verfolgen wird. Bisher hat er auf jede erdenkliche Weise eine friedliche Wirksamkeit der Konferenz durchkreuzt — einzig mit Rücksicht auf die Wahlen, um seinen Landsleuten zu imponiren. Jetzt hat er Das nicht mehr nöthig; er beginnt sich den Kaisermächten zu nähern. Diese aber erscheinen jetzt wieder geeinigt, Rußland und Oesterreich haben sich genähert, eine baldige Beilegung des serbisch-bulgarischen Zwischenfalls ist wahrscheinlich. Fürst Alexander wird Generalgouverneur von Ostrumelien, er macht eine Versöhnungsreise nach Gatschina zum Zaren, und Serbien ist zufrieden, daß es nicht zur Strafe für seinen Friedensbruch noch eine Kriegsentschädigung an die Bulgaren zu zahlen hat.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 11. Decbr.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Uebersicht über die weitere Ausführung des Kasernirungsplanes. Auf der Tagesordnung: Spezialetat des Reichsamts des Innern. Abg. Dr. Baumbach (d.-fr.) befürwortet eine weitere Ausbildung des Instituts der Fabrikinspektoren nach sächsischem Muster. Die Zahl der Fabrikinspektoren sei zu gering. Die Berufsgenossenschaften müßten sich erst einrichten, bevor man von ihnen etwas in Bezug auf Unfallverhütung erwarten könne. Sie seien dazu auch viel zu schwerfällig organisirt und arbeiteten viel zu kostspielig. Es müßten allgemeine Normen zur Unfallverhütung aufgestellt werden, wie sie theilweise in einzelnen Einzelstaaten bereits existiren. Er erinnere an die sächsische Verordnung betreffend die Fahrstühle, die durch den bedauernswerthen Unfall veranlaßt wurde, der das Leben Sr. Maj. des Königs von Sachsen seinerzeit selbst in Gefahr brachte. Derartige Bestimmungen können auf das ganze Reich ausgedehnt werden. — Abg. Kalle (n.-l.) wünscht Zusammenfassung der Berichte der Fabrikinspektoren in einen Generalbericht. Nachdem die Kompetenzen der Fabrikinspektoren erweitert würden, sei zu erwarten, daß auf eine Vermehrung der Inspektoren werde Bedacht genommen werden. Er fand im Gegensatz zu Baumbach die Berufsgenossenschaften geeignet, die Unfallverhütungen in die Hand zu nehmen. Staatssekretär v. Boetticher theilte mit, daß zur Hebung der Ungleichartigkeit der Berichte der Fabrikinspektoren ein Rundschreiben ergäng, welches gewisse Normen aufstellte und Angaben über die Arbeitszeit und Einfluß derselben in den verschiedenen Industriebezirken erforderte. Es werde jetzt versucht, aus verschiedenen Berichten einen Generalbericht herzustellen. Die Creirung eines Centralgewerbeinspektors für das Reich sei nicht empfehlenswerth, da kein Bedürfniß vorliege, die Angelegenheit der Verwaltung der Einzelstaaten zu entziehen. Einheitliche Normen für die Unfallverhütung sei bei der Verschiedenartigkeit der lokalen Verhältnisse unmöglich. Ob und wie sich die Berufsgenossenschaften bewähren würden, müsse erst die Zukunft lehren. — Lingens und Hitze rühmen die Thätigkeit des Düsseldorfer Fabrikinspektors auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. — Staatssekretär v. Boetticher theilt mit, in Bezug auf die Frauenarbeit seien Erhebungen angestellt worden, deren Ergebniß mitgetheilt werden wird. — Kroeber findet, daß die Berufsgenossenschaften dem Reiche mehr als gut tributpflichtig seien, namentlich dem „Reichsanzeiger" und der Post. v. Boetticher entgegnete, der Staatssekretär v. Stephan habe durch Gewährung derselben Konzessionen an die Berufsgenossenschaften, die dem kaufmännischen Verkehr gewährt sind, sein Entgegenkommen bewiesen. Bei Insertionen im Reichsanzeiger solle man sich der Kürze befleißigen. — Rickert protestirt gegen etwaige Vergünstigungen an die Berufsgenossenschaften durch die Post. — Buhl und Gamp weisen nach, daß die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften niedriger sind, als die der Privat-Versicherungsgesellschaften. — Barth konstatirt, daß eine Angabe Gamp's, wonach die Verwaltungskosten der Magdeburger Unfallversicherungsgesellschaft 27 Mark pro Kopf des Versicherten betrugen, unrichtig sei. Gamp habe die Zahl der Versicherten mit den neuen Versicherungen des betreffenden Jahres verwechselt. — Auf eine Frage Baumbach's erwiedert Staatssekretär v. Boetticher, daß sich eine große Anzahl industrieller Vereinigungen gegen die Veranstaltung einer großen nationalen Gewerbeausstellung für 1888 in Berlin ausgesprochen habe und daß die Regierung nicht einseitig Partei nehmen könne. Komme die Ausstellung zu Stande, so werde ihre Unterstützung nicht fehlen. — Die zur Hebung der Hochseefischerei geforderten 100,000 Mark werden nach kurzer Debatte genehmigt. Fortsetzung der Etatsberathung folgt morgen bei dem Titel Dampferinvention. — Die Viehseuchenkommission lehnte die Kennzeichnung und Impfung ab, beschloß die obligatorische Tödtung des verdächtigen Viehes und nahm zwei Resolutionen an, welche intensivere Vorsichts- und Desinfektionsmaßregeln bei dem Grenzverkehr und bei den Händlern fordern (vergl. unter „Volkswirthschaftliches". D. Red.). — Die in der gestrigen Sitzung des Bundesrathes an einen Ausschuß verwiesene Zuckersteuervorlage beantragt die Besteuerung des Doppelcentners Rüben für 1886/87 mit 1,70 M., für die Folge mit 1,80 M. Die Ausfuhrvergütung für Zucker soll demnach für 1886/87 pro Doppelcentner 18, für die Folge 18,20 Mark betragen. Die Kreditfrist wird auf 12 Monate verlängert. Für Fabrikate aus vergütungsfähigem inländischen Zucker soll nach näherer Bestimmung des Bundesrathes eine entsprechende Exportbonifikation gewährt werden.

Berlin. Aufsehen erregt eine Aeußerung des Kommandeurs des 8. Armeekorps, v. Lo, der bei dem Ständebankett in Düsseldorf auf ein ihm gebrachtes Hoch erwiederte: Die Rheinländer und Westfalen werden auch künftig ihre Waffenbrüderschaft bethätigen, wenn, was wohl kommen kann, wieder gegen den Feind marschirt werden müsse.

Berliner Börse. Der Verkehr stand unter dem Druck von Gerüchten über eine angebliche Erkrankung des Kaisers, auch der Nachricht über den Vormarsch der Bulgaren drückte die Spekulationspapiere. Für Montanwerthe entwickelte sich der Verkehr ziemlich lebhaft, doch konnten auch diese der allgemeinen Tendenz nicht ganz widerstehen. Spekulative Banken und deutsche Bahnen schwächer, von österreichischen Bahnen eröffneten Franzosen zu höherem Cours, konnten denselben aber nicht behaupten. Der Kassaverkehr war vorwiegend recht fest. Industrien fanden bessere Beachtung, österreichische Prioritäten sehr still. Privatdiskont 3 Proz. Die Nachbörse brachte eine Erholung.

Frankfurt a. M., 11. December. Credit 234½. Staatsbahn 223½. Lombarden —,—. Galizier —,—. Ungarn —,—. 4proc. Ungar. Goldrente 79,68, Gotthardbahn —,—. Disconto 202,75. Darmstädter —. Still.

Wien, 11. December. Credit 291,75. Staatsbahn 278,25. Lombarden 135,10, Nordwestb. 170,00. Marknoten 61,80. Ung. Credit 293,50. Fester.

Paris, 11. Decbr. Schluß. Rente 80,35. Anleihe 109,05. Italiener 97,10. Staatsbahn 565,00. Lombarden 262,50. do. Prioritäten —,—. Spanier 55,06. Oest. Goldrente —. Egypter 323,00. Ottomanen 506,00. Besser.

London, 11. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99⅞ 1873er Russen 94½. Italiener 96½. Lombarden 11⅛. Türken 14½. 4proc. fundirte Amerikaner 127. 4proc. Ungar. Goldrente 80½. Oesterr. Goldrente 88. Preuß. Consols 104,00. Egypter 64½. Ottomanbank 9⅞. Suezactien 84. Platzdiscont 1½. — Stimmung: Behauptet. Wetter: Frost.

Breslau, 11. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 37,50, pr. April-Mai 39,30, pr. Mai-Juni 40,20. Roggen pr. April-Mai 129,00, pr. Mai-Juni 132,00. Rüböl loco pr. December 134,50, April-Mai 46,50. Zink fest. — Wetter: Kalt.

Stettin, 11. December, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen flau, loco 134—144, pr. December-Januar 154,00, pr. April-Mai 156,00. Roggen flau, loco 120—124,00, pr. December-Januar 124,50, pr. April-Mai 129,50. Rüböl unverändert, loco pr. Dec.-Januar 45,00, pr. April-Mai 46,00. Spiritus matt, loco 37,60, pr. December-Januar 38,20, pr. April-Mai 39,10, pr. Juni-Juli 41,60. Petroleum loco versteuert 10 Mark 1½, Proc 12,10.

London, 11. December. Schluß. Getreide ruhig. Mehl fest. Hafer fest, russischer, amerikanischer eher theurer. Mais, Gerste träge. — Wetter: Frost.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König und Se. Kgl. Hoheit der Prinz Georg fuhren Donnerstag früh in Begleitung der königl. und prinzl. Flügel-Adjutanten und einer größeren Anzahl als Jagdgäste geladener Kavaliere nach dem Forsthaus Kreyer bei Moritzburg, um auf dem dortigen Forstrevier eine größere Hochwildjagd abzuhalten, wobei das Jagdfrühstück im genannten Forsthause, das Jagddiner aber im königl. Jagdschlosse zu Moritzburg abgehalten wurde, zu welchem Zwecke eine größere Abtheilung Hofoffizianten dahin befohlen war. Um den in dem vorgenannten Forstrevier vorherrschenden ziemlich starken Wildstand etwas abzumindern, wird heute wieder eine Kgl. Hochwildjagd in gleicher Weise daselbst stattfinden.

— Universitätsrath Dr. jur. Meltzer in Leipzig erhielt das fürstlich schwarzburgische Ehrenkreuz 2. Klasse.

— Landtag. In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer entspann sich über die Petition des Kirchschullehrers Vollprecht in Reichenau bei Zittau um Erhöhung seiner Pension eine längere Debatte. Der Petent hatte sich mit derselben Bitte bereits an den letzten Landtag gewendet, war jedoch abschlägig beschieden worden. Sein Gesuch stützt sich auf folgende Thatsachen: V. ist 1882 nach 40jähriger Dienstzeit emeritirt worden und zwar mit einer Pension von 1816 Mk., da man dabei das am 1. Jan. 1881 im Stellenkataster eingetragene Einkommen von 2595 Mk. zu Grunde gelegt hatte. Nun hatte sich aber durch die Volkszählung am 1. Dez. 1880 herausgestellt, daß Reichenau über 5000 Einwohner zählt und daraufhin hatte ihm die Schulgemeinde Reichenau vom 1. Jan. 1881 an 300 Mk. mehr Alterszulage gewährt. Diese Erhöhung des Einkommens war am 1. Januar 1881 im Stellenkataster noch nicht eingetragen und auch nicht bei der Feststellung der Pension in Betracht gezogen worden. Wäre dies der Fall gewesen, so würde sich die Pension auf 2068 Mk. beziffert haben. Um Gewährung dieser Pension petitionirt nun Vollprecht. Die Petitionsdeputation beantragt gegen 2 Stimmen in einem ausführlichen Gutachten (Ref. v. Polenz), die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Kultusminister Dr. v. Gerber erklärt von vornherein, daß die Regierung unentwegt auf ihrem ablehnenden Standpunkte stehen bleiben müsse. Die in dem Deputations-Gutachten ausgesprochenen Grundsätze seien von solcher Tragweite, daß sie, wenn sich die Kammer dieselben aneignen wollte, die ganze Grundlage des Pensionsgesetzes hinwegräumen würde. Nach dem Pensions-Gesetze für die Lehrer werde die Pension dadurch bestimmt, welches Gehalt von dem Betreffenden am 1. Jan. des vorhergegangenen Jahres umgehabt, ferner in das Stellenkataster eingetragen und versteuert worden ist. Keine dieser drei Bedingungen sei bezüglich der später gewährten Zulage von 300 Mk. erfüllt. Kein menschliche Rücksichten dürften hierbei nicht mit walten. Der Herr Minister unterzieht sodann das schriftliche Deputations-Gutachten einer eingehenden Kritik. An erster Stelle bestreitet er, daß die Gehaltszulage zurückdatirt werden dürfe, dann wendet er sich mit Entschiedenheit gegen den indirekt von der Deputation ausgesprochenen Grundsatz, daß, wenn die Motive zu dem Pensionsgesetz hinfällig geworden seien, das Gesetz selbst nichts mehr gälte. Jene für die Bestimmung der Pension festgesetzten Bedingungen habe man allerdings deshalb gestellt, weil das Einkommen der Lehrer ein schwankendes sei. Dieses Einkommen sei aber im Gegensatz zu dem Deputations-Gutachten noch immer schwankend und deshalb müsse man an jenen Normen festhalten. Dieselben sollten außerdem einen Schutz dagegen bilden, daß die Gemeinden nicht ihren Lehrern noch 24 Stunden vor der Pensionirung eine Zulage gäben, für die sie nicht mehr einzustehen hätten, die aber der Staat bei der Pension berücksichtigen müsse. Wie richtig diese Fürsorge gewesen, habe dieser Fall bestätigt. Er hoffe, die Kammer werde die Petition auf sich beruhen lassen, Hunderte von Reklamationen würden sonst schon in der nächsten Woche dem Ministerium zugehen. Abg. v. Kirchbach, welcher im nächsten Landtage über dieselbe Petition zu referiren gehabt hatte, wundert sich, wie die diesmalige Deputation

Pferdedecken, Reisedecken, das grösste Lager am Platze, empfiehlt W. Metzler, Altmarkt 15. Preisliste gratis und franco.